Erzgeb. Volksfreund

Tageblatt und Amtsblatt

für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Telegramm-Adresse: Volksfreund Schneeberg.
Fernsprecher: Schneeberg 10. Aue 81 Schwarzenberg 19.

Nr. 61. | Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen. Abonnement monatlich 60 Pfg. Inserate: im Amtsblattbezirk der Raum der 6fp. Petitzeile 12 Pfg., bergl. von auswärts 15 Pfg., im amtlichen Teil der Raum der 3fp. Garmonzeile 45 Pfg., im Rekl.-Teil die 3fp. Garmonzeile 30 Pfg. | Sonnabend, den 18. März 1911. | Zeitweiliger Ausfall oder Verspätung infolge von Betriebsstörungen berechtigt weder zur Minderung des Bezugspreises noch zur Kürzung der Anzeigenpreise. Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keine Garantie übernommen. Unbestellte Aufträge werden nicht ausgeführt. Für Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verantwortlich. | 64. Jahrg.

Nachdem die Ergebnisse der diesjährigen Einkommen- und Ergänzungssteuereinschätzung den Beitragspflichtigen bekannt gemacht worden sind, werden in Gemäßheit der Bestimmungen in § 46 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 bez. § 28 des Ergänzungssteuergesetzes vom 2. Juli 1902 alle Personen, welche hier ihre Steuerpflicht zu erfüllen haben, denen aber die Steuerzettel nicht haben behändigt werden können, aufgefordert, wegen Mitteilung des Einschätzungsergebnisses sich bei der hiesigen Ortssteuereinnahme zu melden.

Streitwald, am 15. März 1911. **Der Gemeindevorstand.** Neubert.

Lauter. Das von der Königlichen Amtshauptmannschaft genehmigte Ortsgesetz über die Erhebung von Gebühren für die Vornahme von Desinfektionen in Lauter liegt zu jedermanns Einsicht 14 Tage lang im Gemeindeamte — Registratur — aus.

Lauter, am 14. März 1911. **Der Gemeindevorstand.**

Lauter. Wegen des Umbaues des hiesigen elektrischen Stromleitungsnetzes wird es in den nächsten Wochen öfters vorkommen, daß die Fortleitung des Stromes auf kurze Zeiten unterbrochen werden muß.

Es wird dies hiermit bekanntgegeben, da eine besondere Benachrichtigung der Konsumenten nicht erfolgt.

Lauter, am 16. März 1911. **Der Gemeinderat.**

Jahrmarkt in Kirchberg

Montag und Dienstag, den 27. und 28. März 1911.

Viehmarkt in Zwönitz.

Freitag, den 31. März 1911.
Stättegeld wird nicht erhoben.

Der Etat des Reichsamts des Innern vor dem Reichstage.

Fragen der verschiedensten Art wurden ebenso wie an den vorausgegangenen Tagen auch am gestrigen Donnerstag bei der fortgesetzten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern im Reichstage besprochen, so daß sich die Sitzung bis ½9 Uhr abends ausdehnte.

Zunächst führte der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer Beschwerde über Zentralisationsbestrebungen des Generaldirektors v. Tschudi in München, der alle Kostbarkeiten nach Berlin in das Kaiser Friedrich-Museum bringen wolle.

Abg. Gräf (Weimar, Wirtsch. Vereinig.) begründete eine Resolution, in der die Einstellung von 10,000 Mk. zur Unterstützung der Nationalfestspiele für die deutsche Jugend in Weimar befürwortet wird.

Die Abgeordneten Dr. Pfeiffer (Zentrum) und Dr. Heckscher (Vp.) schlossen sich ihm an unter der Voraussetzung, daß die Politik dabei aus dem Spiele bleibe. Die Abstimmung über die Resolution wurde bis zur dritten Lesung vertagt.

Abg. Bassermann (natl.) fragte an, wie es mit der Reichsanstalt für Luftschiffahrt am Bodensee stehe.

Abg. Frhr. v. Richthofen (kons.) meinte, der Reichstag habe einen dahingehenden Beschluß im vorigen Jahre unter dem Eindrucke des tragischen Todes eines Kollegen gefaßt. Seine Freunde hielten eine solche Reichsanstalt nicht mehr für notwendig, seien aber bereit, eine Privatanstalt zu subventionieren.

Staatssekretär Dr. Delbrück führte aus, daß die Frage noch nicht völlig geklärt sei. Eine Zentralstelle zur Förderung der Aviatik sei nötig. Daß aber eine Reichsanstalt notwendig sei, halte er für unwahrscheinlich.

Abg. Dr. Droescher (kons.) begründete eine Resolution um schleunige Herbeiführung einer Vereinbarung der deutschen Ostseeuferstaaten über gemeinsame polizeiliche Vorschriften zur Regelung der deutschen Ostseeküstenfischerei und zum Schutze des Fischbestandes an der deutschen Ostseeküste, sowie über eine zweckmäßige Gestaltung der Fischereiaufsicht, ferner auf Vereinbarung eines internationalen Abkommens über die Befischung der Ostsee und der sämtlichen Uferstaaten der Ostsee.

Die Abgeordneten Erzberger (Zentr.), Dr. Görcke (natl.) und Dr. Hahn (kons.) befürworteten die Resolution. Letzterer erneuerte seine Forderung eines Schutzzolls für Seefische.

Ministerialdirektor Dr. v. Jonquières erklärte, daß über die Resolution mit dem preußischen Landwirtschaftsminister Rücksprache genommen werden solle. Davon würden weitere Schritte abhängen. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Im weitern Verlaufe der Sitzung begründete Abg. v. Kaplengst (kons.) eine Resolution, die für den Verein für soziale innere Kolonisation zum Zwecke der Fürsorge für vorübergehend Arbeitslose nachhaltige Förderung und Unterstützung durch die Landesregierungen wünscht. Leider sei das Land jetzt auf die ausländischen Arbeiter angewiesen, während Tausende von Arbeitslosen die städtischen Säckel belasteten. Die Asyle seien überfüllt und die Zahl der Verbrechen steige. Diese Leute müßten wieder für ehrliche Arbeit gewonnen werden, dann könnten wir aus den Oedländereien eine neue Provinz erobern.

Abg. Bassermann (natl.) erklärte die Zustimmung seiner Parteifreunde zu der Resolution.

Staatssekretär Dr. Delbrück erkennt die Verdienste der Zentralstelle für Volkswohlfahrt an, aber es müsse auf allen Gebieten gespart werden. Gebe die Finanzlage die Möglichkeit, so werde er gern im nächsten Etat auf eine Erhöhung des Zuschusses Bedacht nehmen. Der Staatssekretär machte eine Mitteilung von dem Ergebnis einer Umfrage bei den Bundesregierungen über die Wanderarmenfrage. Diese Frage sei außerordentlich schwer zu lösen. Es sei schon sehr schwer, zu entscheiden, wer arbeitswillig, arbeitsscheu, arbeitsunfähig sei. In einzelnen Gebieten werde für die Wanderarmen überreich gesorgt, in anderen Bezirken schiebe man sie mit einer geringen Gabe nach der nächsten Gemeinde ab. Zur Zeit schweben Erwägungen, ob eine gesetzliche Regelung angebracht und möglich sei. Auf Oedländereien ließen sich Wanderarme jedenfalls dauernd beschäftigen. Schließlich wurde die Resolution gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Abg. Schiffer (Zentr.) befürwortete eine von allen bürgerlichen Parteien unterzeichnete Resolution, die anregt, nach Anhörung der beteiligten gewerblichen Verbände die Errichtung einer Zentralstelle zur Hebung und Forderung der heimischen Industrie in Aussicht zu nehmen und die zur Hebung der Produktion von Textil-Rohstoffen in deutschen Schutzgebieten geeigneten Maßnahmen zu treffen.

Abg. Oeser (Volksp.) erklärte, ein erheblicher Teil seiner Freunde halte ein Bedürfnis für eine neue Zentralstelle nicht für nötig. Er sprach ferner gegen die zunehmende Einführung von Installations- und Materialien-Monopolen bei den elektrischen Ueberland-Zentralen. Das Installationsgewerbe sei durchaus lebensfähig. Wolle man dem Handwerk nicht nur mit dem Munde helfen, so solle man dafür sorgen, daß diese neuen Gewerbe nicht durch die großen Betriebe erdrückt werden.

Staatssekretär Delbrück hält unter den jetzigen schwierigen Finanzverhältnissen es für bedenklich, mit der gewünschten Zentralstelle eine neue Institution zu schaffen, deren Funktionen augenblicklich schon von anderen Stellen wahrgenommen würden. Er sei aber bereit, unter Fühlungnahme mit der Industrie und den Bundesstaaten die Frage zu prüfen, ob eine derartige Einrichtung tatsächlich notwendig sei. Was der Vorredner beklagt, sei zweifellos eine Konsequenz der bestehenden schrankenlosen Gewerbefreiheit. Er könne niemanden hindern, sich mit anderen zu gemeinschaftlichen gewerblichen Zwecken zusammenzuschließen und seine Abnehmer im Vertragswege zu verpflichten, sich nur von bestimmten Firmen liefern zu lassen. (Hört, Hört!) Das sei ein Recht, über das es gar keinen Zweifel gibt. Es könne nur die Frage entstehen, ob man etwa dazu übergehen soll, derartige Fälle für die Zukunft zu verbieten. Was sei die verlangte Prüfung der Installateure anders als die Einführung des Befähigungsnachweises? Es sei zuzugeben, daß die Bedenken, die der Vorredner aus den bestehenden Zuständen hergeleitet hat, nicht ohne Berechtigung sind. Aber man könne mit keinem gesetzlich zulässigen Mittel verhindern, daß sich Monopole bilden, daß Betriebszweige vollständig vertrusten. Wenn auf dem Gebiete der Elektrizität Zustände eingetreten seien, die mit den öffentlichen Interessen nicht vereinbar sind, würde man das Reich oder die Bundesstaaten durch ein Gesetz ermächtigen müssen, von den Grundsätzen der Gewerbefreiheit abzuweichen. (Abg. Bebel: Verstaatlichen!) Herr Bebel, es kommt ganz darauf an, wie man es macht. Man kann derartige Einrichtungen zu Monopol-Einrichtungen des Reichs oder der Bundesstaaten machen. Nach dieser Richtung hat Herr Oeser vollständig neue Perspektiven eröffnet. Es wäre zu erwägen, ob man beispielsweise technische Betriebe, die in eine Fülle von öffentlichen Interessen eingreifen, aus der Hand der Privaten in die des Staats legt. (Sehr richtig! links.) Ob das aber durchführbar ist, ist eine zweite Frage, auf die ich heute keine Antwort geben kann. Ferner könnte man sich dadurch gegen monopolistische Auswüchse schützen, daß man derartige Anlagen konzessionspflichtig macht. Zahlreiche Kommunen haben schon Monopole auf dem Gebiete der Elektrizitäts-Erzeugung und -Verwendung geschaffen. Man schreibt auch von Seiten der Kommunalverwaltungen eine Prüfung der Installateure vor. Soweit die Benutzung von Wegeanlagen in Betracht kommt, sind die Kommunen und der Staat sehr wohl in der Lage, Ausnahmen zu machen, die den Mittelstandsunternehmungen eine gewisse Freiheit sichern. Die Reichsgesetzgebung müßte in Bewegung gesetzt werden, wenn wir zu einer grundsätzlichen Umgestaltung des Gewerberechts oder zu einem Elektrizitätsmonopol kommen würden. Auf dem Gebiete des Wegerechts sollte man den Unternehmern noch die Verpflichtung auferlegen, für die Benutzung der Wege gewisse Abgaben zu leisten.

Abg. Dove (Volksp.): Herr Oeser denkt nicht im entferntesten daran, mit der Gewerbefreiheit aufzuräumen. Auch auf dem Boden des bestehenden Rechts ist es möglich, Ausschreitungen entgegenzutreten. Redner spricht dann gegen eine Zentralstelle für die Textilindustrie, wofür ein Bedürfnis nicht vorliege.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): Die Korrektur Doves zerstört nicht den Eindruck, daß Herr Oeser eine Beschränkung der Gewerbefreiheit gefordert hat.

Abg. Dr. Hahn (kons.): Wir haben Herrn Oeser lebhaft zugestimmt, aber doch mit einem gewissen Erstaunen, daß gerade ein Freisinniger diese Rede hielt. Man glaubte, ein Mitglied der Konservativen reden zu hören.

Abg. Gothein (Volksp.) erklärt ausdrücklich, daß Abg. Oeser seine Rede auf Fraktionsbeschluß gehalten habe. (Hört, hört!) Er habe einfach verlangt, daß die Gewerbefreiheit durch solche Monopol-Unternehmungen nicht illusorisch gemacht werde. Seine Partei wolle die Gewerbefreiheit zur Wahrheit machen. Sie trete für den Mittelstand ein, aber nicht mit den Mitteln der Rechten.

Abg. Dr. Junck (natl.) wandte sich in juristischen Ausführungen gegen die Auffassung des Staatssekretärs, daß gegen Auswüchse der Gewerbefreiheit, wie sie in den Monopolverträgen der Elektrizitäts-Gesellschaften vorlägen, nicht auf Grund der bestehenden Gesetze eingeschritten werden könne. Der Mittelstand konne nicht vorwärts kommen, wenn sich nur einzelne Parteien seiner annehmen. Man sollte sich freuen, daß auch die Linke für den Mittelstand eintrete. Die Rechte habe kein Monopol in dieser Beziehung.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich habe wieder gesehen, daß man seine Worte stets auf die Wagschale legen muß. Wenn ich vorhin gesagt habe, daß wohl kein Jurist anderer Meinung sein werde als ich, so war das leichtfertig. (Heiterkeit.) Ich habe wiederholt mit Juristen über diese Frage gesprochen, und wir sind zu einer andern Meinung gelangt, als der Abgeordnete Junck. Ich würde es aber mit Freude begrüßen, wenn im Wege einer Klage das Reichsgericht feststellen würde, daß meine Auffassung irrig ist. Dann würden wir wieder Schwierigkeiten in der Gesetzgebung enthoben sein. — Die Diskussion wurde darauf geschlossen und die Resolution über die Textilindustrie angenommen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin, 16. März (Ordensauszeichnungen.) Der „Reichsanzeiger" meldet: Verliehen wurden dem stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat, herzoglich-sächsischen Staatsminister z. D. v. Bonin-Bretten der Rote Adlerorden erster Klasse und dem stellvertretenden